

Deutsches Patent- und Markenamt

München, den 01. Juli 2004

Telefon: (089) 2195 - 4243

Aktenzeichen: 10 2004 008 879.9-27
 Ihr Zeichen: 40cdh/229314
 Anmeldernr.: 2908069

Deutsches Patent- und Markenamt - 80297 München

BARTELS UND PARTNER
 PATENTANWÄLTE

Bartels und Partner
 Patentanwälte
 Lange Str. 51
 70174 Stuttgart

Eingegangen:

Received:

23. JUL. 2004

TERMIN

23.11.04

not 9

Bitte Aktenzeichen und Anmelder bei
 allen Eingaben und Zahlungen angeben

Zutreffendes ist angekreuzt ☒ und/oder ausgefüllt!

Prüfungsantrag, Einzahlungstag am 18. Februar 2004

Eingabe vom eingegangen am

Die Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.

Zur Äußerung wird eine Frist von

vier Monat(en)

gewährt. Die Frist beginnt an dem Tag zu laufen, der auf den Tag des Zugangs des Bescheids folgt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z.B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je zwei Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

- siehe Folgeseite(n) -

- 2 -

Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5. Gebrauchsmustergesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

Dokumentenannahme
 und Nachbriefkasten
 nur
 Zweibrückenstraße 12

Hauptgebäude
 Zweibrückenstraße 12
 Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)
 Markenabteilungen:
 Cincinnatistraße 64
 81534 München

Hausadresse (für Fracht)
 Deutsches Patent- und Markenamt
 Zweibrückenstraße 12
 80331 München

Telefon (089) 2195-0
 Telefax (089) 2195-2221
 Internet: <http://www.dpma.de>

Zahlungsempfänger:
 Bundeskasse Weiden
 BBk München
 Kto.Nr.: 700 010 54
 BLZ: 700 000 00
 BIC (SWIFT-Code): MARKDEF1700
 IBAN: DE84 7000 0000 0070 0010 54

P 2401.1
 1.04

S-Bahnanschluss im
 Münchner Verkehrs- und
 Tarifverbund (MVV):

Zweibrückenstr. 12 (Hauptgebäude)
 Zweibrückenstr. 5-7 (Breiterhof)
 S1 - S9 Haltestelle Isartor

Cincinnatistraße:
 S2 Haltestelle Fasengarten

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt
(Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren):

1. DE 31 00 499 A1
2. US 20 030 222 008 A1

Es gelten die ursprünglich eingereichten Unterlagen.

Anspruch 1 enthält mit „insbesondere“ ein fakultatives Merkmal das nicht in einen Anspruch gehört.

Mit „versperrt“, „freigibt“ und „dient“ sind in den Ansprüchen 1 und 7 Funktionsmerkmale enthalten, die nicht geeignet sind, die Vorrichtung in gegenständlicher Hinsicht weiterzubilden.

In Anspruch 3 ist die Bedeutung des Ausdrucks „zumindest teilweise aus einem Fluideinlass und einem Fluidauslass“ unklar, sodass so dem Fachmann kein klar definiertes Schutzbegehren vermittelt werden kann.

In Anspruch 8 ist mit „eingreift“ ein Verfahrensmerkmal enthalten, das ebenfalls nicht geeignet ist, die Vorrichtung in gegenständlicher Hinsicht weiterzubilden.

Mit „vorzugsweise“ enthält auch dieser Anspruch 8 ein fakultatives Merkmal, das nicht in einen Anspruch gehört.

In Anspruch 8 ist auch die mehrdeutige Angabe „beziehungsweise“ durch das nach dem Kontext gewollte Bindewort zu ersetzen (Schulte PatG 6. Auflage § 34 Rdn. 112).

Eine abschließende Beurteilung der Patentfähigkeit des Anspruchs 1 ist derzeit noch nicht möglich, weil die konkrete Fundstelle des im Oberbegriff des Anspruchs 1 und der Beschreibung berücksichtigten Standes der Technik nicht benannt ist.

Allein schon aufgrund dieser formalen Mängel ist eine Patenterteilung nicht möglich.

Aus der DE 31 00 499 A1 ist unabhängig von den oben aufgeführten Mängeln bekannt: Filtervorrichtung mit mindestens einem Filterelement (9), das in einem Filtergehäuse (7) aufnehmbar ist, das über Fluidanschlüsse (4, 5) mit einer Fluideinrichtung (2, 3), mittels einer Anschlusseinrichtung (1) fluidführend verbindbar ist, dadurch gekennzeichnet, dass die Anschlusseinrichtung mit mindestens einem längsverschiebbaren Sperrteil (10 bis 12) versehen ist, das in einer Sperrstellung den ihm jeweils zuordenbaren Fluidanschluss (4, 5) sperrt, und nach Verschieben in eine Öffnungsstellung wieder freigibt.

Damit ist Anspruch 1 mangels Neuheit nicht gewährbar.

Aus der US 20 030 222 008 A1 sind alle Merkmale des Anspruchs 2 bekannt:

- dass das Sperrteil (50) als plattenförmiges Schieberteil (slide valve S. 2, Sp. 2 oben) ausgebildet ist,
- dass zwischen zwei Anschlussplatten (30 und Platte unterhalb ohne Bezugszeichen) der Anschlussvorrichtung mittels einer Dichteinrichtung (Gummilippen in Nut am Schieberteil deutlich erkennbar) dichtend geführt ist, von denen eine (30) dem Filtergehäuse (90) und die andere (untere Platte) der Fluideinrichtung (43) zugewandt ist (vgl. Fig. 2).

Der Fachmann konnte so aus dieser Druckschrift die Anregung gewinnen, anstelle eines Hahnes ein Schieberteil gemäß Anspruch 2 zu verwenden.

Damit ist Anspruch 2 mangels erfinderischer Tätigkeit nicht gewährbar.

Soweit eine Beurteilung der Patentfähigkeit einer Vorrichtung gemäß des Anspruchs 3 aufgrund des oben aufgeführten formalen Mangels derzeit überhaupt möglich ist, scheint die Lehre dieses Anspruchs 3 durch die beiden genannten Druckschriften nahegelegt zu haben.

Die Lehre des Anspruchs 4 scheint durch die US 20 030 222 008 A1 nahegelegt zu haben.

Soweit die Merkmale der unter 5 bis 10 nicht den genannten Druckschriften entnehmbar sind (oder durch diese nahegelegt haben) betreffen sie erkennbar einfache konstruktive

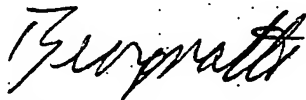
nur bauliche Ausgestaltungen allgemeiner Art, die nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen. Somit scheinen diese nicht geeignet, allein oder in Verbindung miteinander Grundlage für einen neuen gewährbaren Hauptanspruch zu sein.

Da auch in den übrigen Unterlagen nichts von erfinderischer Bedeutung erkennbar ist, kann die Erteilung eines Patentes nicht in Aussicht gestellt werden.

Sollte dennoch die Anmeldung weiterverfolgt werden, wäre ein neuer Hauptanspruch vorzulegen und anhand einer neuen konkreten technischen Aufgabenstellung darzulegen, wie die neuen kennzeichnenden Merkmale bei Würdigung des genannten Standes der Technik in erfinderischer Art zur Lösung der Aufgabe beitragen.

Mit den geltenden Unterlagen kann eine Patenterteilung nicht in Aussicht gestellt werden. Vielmehr muss bei Aufrechterhaltung der Ansprüche 1 bis 10 in der geltenden oder einer sinngemäß gleichen Fassung nach Ablauf der Äußerungsfrist mit einer Zurückweisung der Anmeldung gerechnet werden.

Prüfungsstelle für Klasse B 01 D



Berggrath

Hausruf: 2862

Anlage:

Ablichtung von 2 Entgegenhaltungen

Sc